

Reisebericht Südsudan

(12.-14.April 2022)

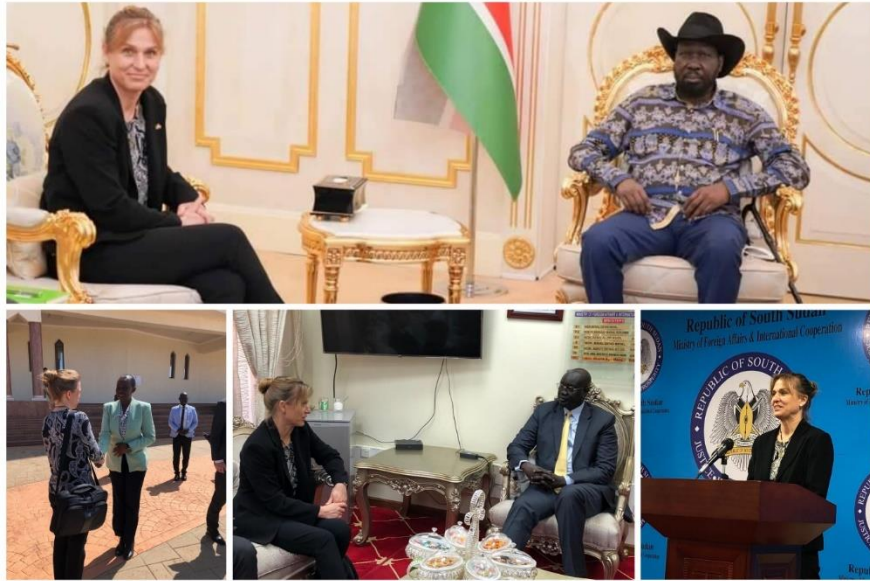
An meine Reise nach Tansania schlossen sich zwei Tage in Südsudan an. Ziel meiner Reise war, den Menschen zu zeigen, dass wir sie trotz des Krieges in Europa nicht vergessen und mir ein genaues Bild der politischen wie humanitären Lage zu machen. Gerade die Ärmsten der Armen leiden derzeit unter den Folgen der gestiegenen Nahrungsmittelknappheit.

Südsudan ist das jüngste Land der Welt. Es wurde 2011 von Sudan unabhängig. Es ist kaum möglich, die Konflikte und Bürgerkriege des Landes einleitend kurz aufzuzählen – so viele sind es seit Jahrzehnten. Es wäre einfacher, die kurzen Zeiten der Waffenruhe zu benennen. Die beiden Hauptprotagonisten, der heutige Präsident Salva Kiir und sein Opponent Riek Machar sind seit langem Kontrahenten. Daran hat auch das Friedensabkommen von 2018 und die Bildung einer Übergangsregierung der nationalen Einheit vor zwei Jahren nichts ändern können. Doch solange kein Frieden herrscht, wird sich das Land, das zu den ärmsten weltweit zählt, nicht entwickeln können.

Zum Zeitpunkt meiner Reise hatte der Bundestag gerade wieder mit breiter Mehrheit die Verlängerung der deutschen Beteiligung an der Mission der Vereinten Nationen zur Unterstützung in Südsudan (UNMISS) beschlossen.

1. Politische Situation:

Bei meinem Besuch in der Hauptstadt Juba führe ich Gespräche mit Präsident Salva Kiir, Außenminister Deng sowie Verteidigungsministerin Teny (sie ist auch Ehefrau von Riek Machar). Außerdem treffe ich mit hochrangigen Vertretern des Übergangsparlaments zusammen und spreche nach meiner Ankunft als erstes mit dem Leiter von UNMISS, Nicholas Haysom.



In meinen Gesprächen geht es vor allem um die im Friedensabkommen für Anfang nächsten Jahres vorgesehenen Wahlen. Denn die Umsetzung des Friedensabkommens ist in den ersten beiden Jahren der vereinbarten 3jährigen Transitionsphase kaum vorangekommen. In Südsudan hat es seit der Unabhängigkeit des Landes noch keine Wahlen auf nationaler Ebene gegeben. Die Wahlvorbereitungen haben noch nicht begonnen. Unter diesen Umständen steht zu befürchten, dass es statt zu einer anerkannten Regierungsbildung erneut zu einer Gewalteskalation kommt. Eine Verschiebung der Wahlen scheint aber ebenso problematisch, da es den Status quo mit all den Spannungen und dem Misstrauen zwischen den Konfliktparteien verlängern würde. Bereits jetzt gibt es immer wieder militärische Auseinandersetzungen in verschiedenen Teilen des Landes.

Um Sicherheit zu gewährleisten, soll es vor Durchführung der Wahlen auch endlich zu der vereinbarten Fusion der Sicherheitskräfte kommen. Die Postenverteilung in der künftigen gemeinsamen Armee ist jedoch ein großer Streitpunkt zwischen beiden Lagern. Beide Seiten fürchten übervorteilt zu werden. Das gegenseitige Misstrauen ist übergroß und Kommunikation findet kaum statt.

Auch die im Friedensabkommen vorgesehene Übergangsjustiz kommt nicht voran. Einen kleinen Fortschritt gibt es hingegen beim Verfassungsprozess. Gerade wurde im Parlament ein Gesetz zum Verfahren und zur Verfassungsgebenden Versammlung auf den Weg gebracht. Die Max-Planck-Stiftung für Internationalen Frieden und Rechtsstaatlichkeit begleitet seit vielen Jahren den Verfassungsprozess und den Aufbau von Rechtsinstitutionen in Südsudan. So hat es auch die erste Urteilssammlung des Landes zusammengestellt. Das ist eine unschätzbare wichtige Arbeit,

denn schließlich sind alle Bemühungen um demokratische Strukturen davon abhängig, dass neue Gesetze auch rechtsstaatlich durchgesetzt werden können.



2. Humanitäre Lage und Menschenrechtssituation:

Kurz vor meiner Reise wurde der Sonderbericht der VN-Menschenrechtskommission für Südsudan veröffentlicht, der das Ausmaß der Gewalt im Land, insbesondere sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder in seinem ganzen Grauen beschreibt. Im Rahmen eines Panels diskutiere ich darüber mit Familienanwältinnen, Frauenaktivistinnen und einem Vertreter der VN-Menschenrechtskommission. Ich möchte erfahren, wie die Frauen vor Ort mit diesen Realitäten umgehen.

Derartige systematische Sexualverbrechen, gepaart mit einem Zustand der absoluten Straflosigkeit, habe es selbst in der Zeit des sudanesischen Bürgerkrieges nicht gegeben, berichtet eine Teilnehmerin. Es wird deutlich, dass in jeder Hinsicht Handlungsbedarf besteht, etwa bei der Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung, der Polizei, den Behörden und den Gerichten. Vielfach fehlt es am Willen, gegen diese Verbrechen vorzugehen.



Nach den vielen schwierigen Eindrücken auch ein kleiner Hoffnungsschimmer: Bei meinem Besuch des Berufsbildungszentrums in Gumbo, wo die GIZ die Ausbildung von Klempnern und Wassertechnikern fördert, erlebe ich extrem motivierte junge Menschen, darunter auch eine Reihe junger Frauen, die mit Begeisterung das Angebot annehmen und bereit sind, endlich ihr Land aufzubauen. Ich hoffe sehr, dass sie tatsächlich einmal eine bessere Zukunft haben und Berufsalltag statt Gewalt und Konflikten erfahren dürfen. Nach den Gesprächen am Vortrag fürchte ich allerdings, dass es bis dahin noch ein langer Weg ist.



Düster ist auch das Bild der humanitären Lage. In meinen Gesprächen mit der stellvertretenden Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs und Koordinatorin für Humanitäre Hilfe, Sara Beysolow Nyanti, und dem Direktor der Welthungerhilfe im Land, Matthew Hollingworth, erfahre ich, wie sich die Situation von Jahr zu Jahr weiter verschlimmert hat und der Hilfsbedarf immer neue Rekordwerte erreicht. Weit über 8 Millionen Menschen, das sind über 2/3 der Bevölkerung, sind bereits auf Hilfe angewiesen.

Mit Beginn der anstehenden Regenzeit droht eine weitere humanitäre Katastrophe, da das Wasser aus Gebieten im Norden, die zuletzt von heftigen Überschwemmungen betroffen waren, immer noch nicht abgeflossen ist und mit weiteren Flüchtlingsbewegungen zu rechnen ist.

Ein weiteres Problem ist die Sicherheit der humanitären Helfer. Aufgrund der lokalen Gewaltausbrüche, in deren Zuge immer wieder auch Helfer attackiert werden, können einige Regionen nicht mehr erreicht werden. Es ist ein Teufelskreis: Die gewaltsamen Konflikte schüren Armut und Hunger. Diese wiederum treiben die lokalen bewaffneten Auseinandersetzungen an.

An einem Abend treffe ich auch deutsche Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die bei UNMISS eingesetzt sind. Sie schildern mir ihre Beobachtungen und wie sie dazu beitragen, die humanitäre Hilfe zu unterstützen. Fest steht: Die internationale Gemeinschaft hilft nach Kräften - allein UNMISS ist mit 17.000 Personen vor Ort - die Bevölkerung mit humanitären Mitteln am Leben zu halten.



Aber am Ende kann die Regierung nicht aus der Verantwortung entlassen werden, das Elend der eigenen Bevölkerung zu beenden.

Fazit:

Mein Besuch in Südsudan hat mir wenig Hoffnung gegeben, dass der seit Jahrzehnten bestehende Zyklus aus Gewalt und Gegengewalt, Armut und Hunger in absehbarer Zukunft durchbrochen werden kann. Als ich das Land verlasse, bin ich mir aber in zwei Punkten sicher: Wir können die Menschen nicht einfach sterben lassen und man darf die Hoffnung niemals aufgeben.